

Geschäftsordnung für den Vorstand des EGT e.V.

A. Allgemeines

Diese Geschäftsordnung gilt nur für den Vorstand nach § 8 Absatz 3 der Satzung und regelt die interne Arbeitsweise. Die satzungsrechtlichen Vorschriften über die Vertretung nach außen bleiben unberührt. Zur besseren Lesbarkeit werden Personen und Funktionen (Vorstand, Mitarbeiter) in einer neutralen Form angesprochen, wobei alle Geschlechter gleichberechtigt gemeint sind.

B. Verfahrensfragen

§ 1 Erlass, Änderung, Aufhebung und Bekanntmachung dieser Geschäftsordnung

- (1) Der Vorstand ist berechtigt, diese Geschäftsordnung jederzeit zu ändern oder aufzuheben. Eine Beteiligung anderer Organe ist nicht notwendig.
- (2) Für die Beschlussfassung ist die einfache Mehrheit aller satzungsgemäß berufenen Vorstandsmitglieder gem. § 8 Absatz 3 der Satzung erforderlich. Stimmenthaltungen sind als Nein-Stimmen zu werten. Nicht anwesende Vorstandsmitglieder können binnen 10 Tagen nach der Vorstandssitzung ihre Stimme schriftlich abgeben.
- (3) Zu ihrer Wirksamkeit muss die Geschäftsordnung allen Vorstandsmitgliedern schriftlich bekannt gegeben werden.

C. Interne Aufgaben- und Zuständigkeitsverteilung

§ 1 Grundsatz

- (1) Es gilt der Grundsatz der Gesamtgeschäftsführung, d. h., alle Vorstandsmitglieder wirken gemeinsam an allen Geschäftsführungsmaßnahmen durch Beschlussfassung mit. Davon abweichend sind einzelne Vorstandsmitglieder gemäß Abschnitt C §2 zu Entscheidungen und Maßnahmen berechtigt.

§ 2 Interne Aufgaben- und Zuständigkeitsverteilung

- (1) Unbeschadet des Grundsatzes in § 1 beschließt der Vorstand intern folgende Aufgaben- und Zuständigkeitsverteilung:
 - a) Der 1. Vorsitzende ist zuständig für die Leitung und Koordination des Gesamtvorstandes wie des geschäftsführenden Vorstandes. Er plant die Sitzungen und ist für die interne Koordination anfallender Aufgaben zuständig. Der Vorstandsvorsitzende ist außerdem Ansprechpartner der Öffentlichkeits- und Pressearbeit.
 - b) Der 2. Vorsitzende unterstützt den Vorsitzenden bei seinen Aufgaben. Im Rahmen dieser Zuständigkeit sind sie gleichberechtigt tätig.
 - c) Der Schatzmeister ist zuständig für Finanzangelegenheiten, insbesondere die laufende Kontrolle der Buch- und Kontenführung sowie die Begleitung der jährlichen Rechnungsprüfung.
- (2) Der geschäftsführende Vorstand ist zuständig für folgende Bereiche und hat in diesem eine eigenständige Entscheidungsbefugnis, wenn das jeweilige Rechtsgeschäft sich im Rahmen des Haushaltsplanes bewegt und den Wert von 500 € Brutto nicht überschreitet:
 - Anschaffung von Wirtschaftsgütern

- Beauftragung von Dienstleistern
 - Vertragsabschlüsse
 - Geschäfte der laufenden Verwaltung
- (3) Der Gesamtvorstand ist jeweils zur nächsten Sitzung zu informieren. Fragen von grundsätzlicher Bedeutung bleiben der Zuständigkeit des Gesamtvorstandes vorbehalten.

§ 3 Gesamtverantwortung

- (1) Unbeschadet der internen Aufgabenverteilung nach § 2 ist der Vorstand insgesamt für alle Entscheidungen verantwortlich.
- (2) Jedes Vorstandsmitglied hat die Pflicht, den ihm übertragenen Aufgaben nach bestem Wissen und Gewissen nachzukommen.

D. Vertretung der Vorstandsmitglieder im Verhinderungsfall

§ 1 Vertretung nach § 26 BGB

- (1) Gem. § 8 Absatz 2 der Satzung vertreten der 1. Vorsitzende, der 2. Vorsitzende und der Schatzmeister den Verein allein.
- (2) Der Vorstand beschließt, dass der 2. Vorsitzende und Schatzmeister nur dann von ihrem Vertretungsrecht Gebrauch machen, wenn:
 - a) dies mit dem 1. Vorsitzenden ausdrücklich vereinbart ist;
 - b) der 2. Vorsitzende verhindert ist (z. B. Abwesenheit, Urlaub, Krankheit);
 - c) ein Fall des § 181 BGB vorliegt und der 1. Vorsitzende durch die Vertretungshandlung für den Verein persönlich betroffen ist.

§ 2 Geschäftsplanmäßige Vertretung

- (1) Unabhängig von § 26 BGB kann es vorkommen, dass ein Vorstandsmitglied die internen Aufgaben der Geschäftsführung (vgl. oben) aufgrund von Abwesenheit, Krankheit etc. nicht wahrnehmen kann.
- (2) Für diesen Fall gilt folgende Vertretungsregelung:
 - a) Der 1. Vorsitzende wird vertreten durch den 2. Vorsitzenden.
 - b) Der 2. Vorsitzende wird vertreten durch den Schatzmeister.
 - c) Der Schatzmeister wird vertreten durch den zweiten Vorsitzenden.
- (3) Der Vertretungsfall ist der Geschäftsstelle unter Angabe des Zeitraums bekannt zu geben.

E. Vorstandssitzungen

§ 1 Einberufung

- (1) Vorstandssitzungen finden mindestens einmal pro Monat statt und werden entweder als Präsenzsitzung oder fernmündlich durchgeführt.
- (2) Die Sitzungen werden durch den 1. Vorsitzenden unter Angabe der Tagesordnung schriftlich oder in sonst geeigneter Form einberufen.

- (3) Eine Vorstandssitzung hat auch stattzufinden, wenn es für den Verein dringend erforderlich ist oder der 2. Vorsitzende und der Schatzmeister dies gemeinsam gegenüber dem 1. Vorsitzenden verlangen.

§ 2 Einberufungsfrist

- (1) Die Ladungsfrist beträgt mindestens 7 Tage.
- (2) In dringenden Fällen kann auf die Einhaltung der Ladungsfrist verzichtet werden.

§ 3 Tagesordnung

- (1) Die Tagesordnung wird vom 1. Vorsitzenden nach Absprache mit dem 2. Vorsitzenden und dem Schatzmeister sowie den Vorschlägen der anderen Vorstandsmitglieder aufgestellt.
- (2) Die Tagesordnung muss unabhängig von Absatz (1) alle Anträge enthalten, die dem 1. Vorsitzenden vorgelegt werden.
- (3) Die Tagesordnungspunkte sind Anhaltspunkte und können bei Bedarf verändert werden.

§ 4 Ablauf der Sitzungen

- (1) Die Sitzungen werden vom 1. Vorsitzenden geleitet. Im Übrigen gelten die o. a. Vertretungsregelungen.
- (2) Der Sitzungsleiter bestimmt die Reihenfolge, in der die Gegenstände der Tagesordnung behandelt werden und die Folge der Abstimmungen.
- (3) Die Mehrheit der anwesenden Vorstandsmitglieder kann beschließen, die Beratung und Beschlussfassung zu einzelnen Punkten der Tagesordnung zu vertagen.

§ 5 Öffentlichkeit

- (1) Die Vorstandssitzungen sind nicht öffentlich.
- (2) Bei Bedarf können zu einzelnen Tagesordnungspunkten weitere Personen geladen werden. Die Entscheidung darüber obliegt dem Gesamtvorstand.
- (3) Die Sitzungen, deren Verlauf, die Diskussionen und die Ergebnisse sind vertraulich und dürfen von den Vorstandsmitgliedern ohne Abstimmung im Vorstand nicht gegenüber Dritten verwendet werden.
- (4) Ist vom Vorstand ein Rechtsberater benannt, kann dieser zu Sitzungen des Gesamtvorstandes oder zu einzelnen Themen dieser Sitzung geladen werden.
- (5) Vereinsmitglieder, die Tätigkeiten im Verein übernehmen, können ohne Einladung teilnehmen. Die Entscheidung darüber obliegt dem Gesamtvorstand.

§ 6 Befangenheit

- (1) Bei Beratungen und Entscheidungen über Beschlussgegenstände, an denen ein Vorstandsmitglied oder ein Angehöriger direkt oder indirekt betroffen ist, müssen die Betroffenen dies dem 1. Vorsitzenden unaufgefordert vor Beginn mitteilen.
- (2) Es muss die Möglichkeit geboten werden, eine Beratung ohne die Betroffenen abzuhalten.

- (3) Die Betroffenen dürfen an Abstimmung zu den betroffenen Punkten nicht teilnehmen.

§ 7 Beschlussfassung

- (1) Alle Vorstandsmitglieder haben Sitz und Stimme. Die Stimmabgabe erfolgt per Handzeichen oder mündlich, sofern nichts Anderes beschlossen wird.
- (2) Die Stimmabgabe erfolgt stets per Handzeichen oder per Zuruf fernmündlich.
- (3) Der Vorstand entscheidet stets mit der Mehrheit der satzungsgemäß festgelegten Anzahl der Vorstandsmitglieder. Stimmenthaltungen zählen danach in Abweichung von §§ 32 Abs. 1, 28 Abs. 1 BGB als Nein-Stimmen.
- (4) Abwesende Vorstandsmitglieder können ihre Stimmen schriftlich abgeben. Sie können sich auch durch schriftliche Vollmacht, die vorgelegt und als Anhang zum Protokoll genommen wird, durch ein anderes Vorstandsmitglied vertreten lassen.

§ 8 Protokoll

- (1) Über den Verlauf und die wesentlichen Ergebnisse der Sitzung ist ein Ergebnisprotokoll zu fertigen. Zu diesem Zweck werden zwei feste Protokollanten gewählt, deren Aufgabe ist, von jeder Sitzung besagtes Ergebnisprotokoll zu fertigen.
- (2) Jedes Vorstandsmitglied erhält Zugang zu einem Protokoll der Sitzung, das vertraulich zu behandeln ist und nicht an Dritte weitergegeben werden darf.

F. Zusammenarbeit mit anderen Organen und Ausschüssen

§ 1 Ausschüsse

- (1) Der Vorstand kann zur Aufgabenerledigung gem. § 8 Absatz 4 der Satzung Ausschüsse berufen.
- (2) Die Berufung erfolgt nach Bedarf und ist nicht an Inhalte und Aufgabenstellungen gebunden. Der Vorstand entscheidet insoweit nach freiem Ermessen.
- (3) Die Ausschüsse haben keine Entscheidungsbefugnis. Sie dienen der Beratung und Meinungsbildung für den Vorstand und bereiten Entscheidungen vor. Sie können für den Vorstand Beschlussvorlagen vorbereiten und einbringen.

G. Inkrafttreten

- (1) Diese Geschäftsordnung tritt mit Wirkung vom ... in Kraft. Sie gilt – unabhängig von Wahlen der sonstigen personellen Veränderungen im Vorstand – bis zu ihrer Änderung durch den Vorstand. Allen Vorständen ist bei Amtsübergabe diese Geschäftsordnung durch den geschäftsführenden Vorstand zur Kenntnis zu geben.
- (2) Diese Geschäftsordnung ist den Mitgliedern bekanntzugeben. Zu diesen Zweck wird die jeweils aktuelle Fassung in geeigneter Form für die Mitglieder online hinterlegt.